

**Studien zum vergleichenden Privatrecht**

---

**Studies in Comparative Private Law**

**Band / Volume 14**

# **Unternehmensmitbestimmung im deutsch-polnischen Rechtsvergleich**

**Eine Untersuchung des deutschen und  
polnischen Systems der Arbeitnehmerbeteiligung  
in Gesellschaftsorganen**

**Von**

**Karolina Badura**



**Duncker & Humblot · Berlin**

KAROLINA BADURA

Unternehmensmitbestimmung  
im deutsch-polnischen Rechtsvergleich

Studien zum vergleichenden Privatrecht

Studies in Comparative Private Law

Band/Volume 14

# Unternehmensmitbestimmung im deutsch-polnischen Rechtsvergleich

Eine Untersuchung des deutschen und  
polnischen Systems der Arbeitnehmerbeteiligung  
in Gesellschaftsorganen

Von

Karolina Badura



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München  
hat diese Arbeit im Jahre 2020 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2021 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: Klaus-Dieter Voigt, Berlin  
Druck: buchbücher.de GmbH, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 2567-5427  
ISBN 978-3-428-18148-3 (Print)  
ISBN 978-3-428-58148-1 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im November 2019 bei der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation eingereicht und im April 2020 von ihr angenommen. Anlässlich der Veröffentlichung wurde die Arbeit auf den Stand von August 2020 gebracht.

Zunächst möchte ich mich herzlich bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Richard Giesen für die Betreuung dieser Arbeit und seine vielen wertvollen Anregungen bedanken. Bei Herrn Prof. Dr. Martin Franzen bedanke ich mich vielmals für die sehr zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Ein außerordentlich großer Dank gebührt zudem Herrn Prof. Dr. Aleksander Kappes von der Universität Łódź für seine gutachterliche Stellungnahme zu meiner Arbeit aus Sicht des polnischen Rechts.

Darüber hinaus möchte ich mich von ganzem Herzen bei meinen Eltern dafür bedanken, dass sie mir den eingeschlagenen Lebensweg überhaupt erst ermöglicht haben, stets an mich geglaubt haben und mich in jeder Lebenssituation unterstützt und ermutigt haben.

Mein tiefster Dank gilt jedoch meinem Ehemann Christian, ohne dessen Rückhalt, Verständnis und Zuspruch die Fertigstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Als gebürtige Polin, die mehrere Jahre im wunderschönen Pless (*Pszczyna*) in Polen aufwachsen durfte, bin ich nach wie vor sehr mit meiner Heimat verbunden. Die Erstellung dieser Arbeit hatte für mich daher eine ganz besondere Bedeutung.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen geliebten Söhnen Benedict und Leonard.

München, im Februar 2021

*Karolina Badura*



# Inhaltsübersicht

## *Kapitel 1*

### **Einführung** 29

A. Leitgedanken .....	29
B. Ziel und Gang der Untersuchung .....	32
C. Begriffsbestimmungen .....	34

## *Kapitel 2*

### **Entwicklung und Grundlagen der Arbeitnehmerbeteiligung in Deutschland und Polen** 37

A. Geschichtlicher Hintergrund .....	37
I. Entstehung des deutschen Mitbestimmungssystems .....	37
II. Entwicklung der Arbeitnehmerpartizipation in Polen .....	82
B. Ideologische Grundlagen der Arbeitnehmerpartizipation .....	157
I. Die Sozialtheorien des Vormärz .....	157
II. Marxismus und Sozialismus .....	159
III. Katholische und evangelische Soziallehre .....	163
IV. Liberalismus .....	171
V. Selbstverwaltungskonzepte .....	172
VI. Wirtschaftsdemokratie .....	173
C. Rechtliche Rahmenbedingungen und Grundstrukturen der Arbeitnehmerbeteiligung und des sozialen Dialogs .....	175
I. Verfassungsrechtlicher Rahmen .....	175
II. Europäische Garantien der Arbeitnehmerbeteiligung .....	182
III. Kollektivarbeitsrechtliche Grundstrukturen und Grundprinzipien .....	184
D. Zusammenfassung .....	200

## *Kapitel 3*

### **Unternehmensmitbestimmung auf nationaler Ebene** 207

A. Rechtsgrundlagen, Ziel und Rechtfertigung der Unternehmensmitbestimmung	207
I. Rechtsgrundlagen der Unternehmensmitbestimmung .....	207



II. Ziel und Rechtfertigung der zwingenden Mitbestimmung auf Unternehmens- ebene .....	221
B. Geltungsbereich der Mitbestimmungsgesetze .....	239
I. Deutschland .....	239
II. Polen .....	244
III. Reichweite der Mitbestimmung .....	268
IV. Vergleich .....	272
C. Mitbestimmung in der Aktiengesellschaft .....	275
I. Organisationsstruktur einer Aktiengesellschaft – Überblick .....	276
II. Mitbestimmung im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft .....	278
III. Mitbestimmung im Vorstand einer Aktiengesellschaft .....	434
D. Sonderformen unternehmerischer Mitbestimmung in Polen .....	446
I. Die Arbeitnehmerbeteiligung in sog. „Arbeitnehmergesellschaften“ („ <i>spólki pracownicze</i> “) .....	447
II. Die Arbeitnehmerbeteiligung in polnischen Staatsunternehmen als Relikt aus dem Sozialismus .....	453
III. Mitbestimmung in kommunalen Gesellschaften .....	466
E. Zusammenfassung .....	467

#### *Kapitel 4*

### **Unternehmensmitbestimmung auf europäischer Ebene** 472

A. Die Bedeutung europäischer Entwicklungen für das deutsche und polnische Arbeits- und Gesellschaftsrecht .....	472
B. Unternehmensmitbestimmung in supranationalen Gesellschaftsformen .....	474
I. Die Europäische Aktiengesellschaft (SE) .....	474
II. Die Europäische Genossenschaft („ <i>spółdzielnia europejska</i> “) .....	530
C. Grenzüberschreitende Verschmelzungen .....	533
I. Die Richtlinie 2005/56 über grenzüberschreitende Verschmelzungen .....	533
II. Umsetzung der Richtlinie in Deutschland und Polen .....	534
D. Zusammenfassung .....	541

#### *Kapitel 5*

### **Unternehmensmitbestimmung im System der kollektiven Arbeitsbeziehungen** 543

A. Verhältnis zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung .....	544
I. Funktion, Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften .....	544
II. Gewerkschaften und die Unternehmensmitbestimmung .....	588

B. Verhältnis zur nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmerbeteiligung auf Betriebs- ebene .....	606
I. Gesetzliche Rahmenbedingungen .....	607
II. Bedeutung der nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretung .....	623
III. Verhältnis zwischen der Arbeitnehmerbeteiligung auf Organebene und nicht gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen .....	629
C. Verhältnis zu sonstigen Formen der Arbeitnehmerbeteiligung .....	635
I. Arbeitnehmerbeteiligung am Kapital („ <i>partycypacja kapitałowa</i> “) .....	635
II. Rat des sozialen Dialogs .....	639
D. Zusammenfassung .....	641

### *Kapitel 6*

#### **Unternehmensmitbestimmung und Corporate Governance** 643

A. Grundzüge des Corporate-Governance-Systems .....	644
I. Begriff, Zweck und Charakteristika .....	644
II. Corporate-Governance-Regelwerke als Steuerungs- und Kontrollinstrument	651
B. Unternehmensmitbestimmung im Corporate-Governance-System .....	659
I. Stellung der Arbeitnehmerinteressen und der Arbeitnehmervertreter in den Corporate-Governance-Regelwerken .....	661
II. Beeinträchtigung der Aufsichtsratsstätigkeit .....	677
C. Zusammenfassung .....	690

### *Kapitel 7*

#### **Zukunft der Unternehmensmitbestimmung?** 692

A. Reformansätze, Tendenzen und Diskussionen in Deutschland .....	693
I. Kritik am deutschen Mitbestimmungssystem .....	695
II. Reformvorschläge .....	700
III. Ausblick .....	709
B. Perspektiven der Arbeitnehmerpartizipation in Polen .....	710
I. Einstellung zur Arbeitnehmerpartizipation im Allgemeinen .....	710
II. Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat – eine nur vorübergehende Lösung?	717

### *Kapitel 8*

#### **Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse** 749

A. Bedeutung des historischen und ideologischen Hintergrunds für die Unterneh- mensmitbestimmung .....	749
---	-----

B. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Unternehmensmitbestimmung in der Aktiengesellschaft .....	756
C. Unternehmensmitbestimmung in supranationalen Rechtsformen .....	763
D. Unternehmensmitbestimmung im Kontext des kollektivarbeitsrechtlichen Systems .....	764
E. Unternehmensmitbestimmung im Lichte der Corporate-Governance-Debatte ..	766
F. Aktuelle Tendenzen und Reformvorschläge .....	767

*Kapitel 9*

<b><i>Quo vadis, Unternehmensmitbestimmung?</i></b>	769
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	778
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	797

# Inhaltsverzeichnis

## *Kapitel 1*

### **Einführung** 29

<b>A. Leitgedanken</b> .....	29
<b>B. Ziel und Gang der Untersuchung</b> .....	32
<b>C. Begriffsbestimmungen</b> .....	34

## *Kapitel 2*

### **Entwicklung und Grundlagen der Arbeitnehmerbeteiligung in Deutschland und Polen** 37

<b>A. Geschichtlicher Hintergrund</b> .....	37
I. Entstehung des deutschen Mitbestimmungssystems .....	37
1. Geschichte der Mitbestimmungsidee in Deutschland bis 1945 .....	38
a) Erste Ansätze der Arbeitnehmerbeteiligung im 19. Jahrhundert .....	38
b) Gesetzesnovellen im deutschen Kaiserreich .....	44
c) Die Arbeitnehmerbeteiligung in der Weimarer Republik .....	46
d) Einbruch der Mitbestimmung unter dem NS-Regime .....	52
2. Entwicklung der Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 .....	53
a) Einführung einer Unternehmensmitbestimmung in der Montanindus- trie .....	54
b) Das Betriebsverfassungsgesetz 1952 .....	64
c) Gesetze zur Sicherung der Montanmitbestimmung .....	66
d) Kampf der Gewerkschaften um das MitbestG 1976 .....	68
e) Wesentliche Gesetzesänderungen und neue Gesetzgebung .....	79
II. Entwicklung der Arbeitnehmerpartizipation in Polen .....	82
1. Die Arbeitnehmerpartizipation in den Jahren 1918–1939 .....	82
2. Arbeitnehmerpartizipation in der Volksrepublik Polen (bis 1980) .....	90
a) Die letzten Kriegsmonate und das Dekret über Betriebsräte von 1945 .....	93
b) Arbeitnehmerselbstverwaltung in den Jahren 1956–1958 .....	100
c) Das Gesetz über die Arbeiterselbstverwaltung von 1958 und das Ende der Selbstverwaltung .....	106
3. Arbeitnehmerselbstverwaltung in der Krise der 1980er Jahre .....	110
a) Wirtschaftskrise als Treiber des Partizipationsgedankens .....	110
b) Die Gesetze vom 25. September 1981 über Staatsunternehmen und über die Selbstverwaltung der Belegschaft .....	115

c) Einführung des Kriegsrechts und die Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane in den 1980er Jahren .....	118
d) Die Vereinbarungen des „ <i>Runden Tisches</i> “ im Jahre 1989 .....	122
4. Entwicklung der Arbeitnehmerpartizipation während der Transformationsphase der 1990er Jahre .....	125
a) Beginn der Wirtschaftsreform und Einleitung des Privatisierungsprozesses .....	126
b) Das Privatisierungsgesetz von 1990 und die Abschaffung der Belegschaftsräte .....	130
c) Der Pakt über das Staatsunternehmen von 1993 und die Entstehung des Kommerzialisierungs- und Privatisierungsgesetzes von 1996 ....	137
d) Entwicklung kollektivarbeitsrechtlicher Regelungen und des sozialen Dialogs .....	147
5. Die Integration Polens in die EU .....	155
<b>B. Ideologische Grundlagen der Arbeitnehmerpartizipation .....</b>	<b>157</b>
I. Die Sozialtheorien des Vormärz .....	157
II. Marxismus und Sozialismus .....	159
III. Katholische und evangelische Soziallehre .....	163
IV. Liberalismus .....	171
V. Selbstverwaltungskonzepte .....	172
VI. Wirtschaftsdemokratie .....	173
<b>C. Rechtliche Rahmenbedingungen und Grundstrukturen der Arbeitnehmerbeteiligung und des sozialen Dialogs .....</b>	<b>175</b>
I. Verfassungsrechtlicher Rahmen .....	175
1. Deutschland .....	175
2. Polen .....	178
II. Europäische Garantien der Arbeitnehmerbeteiligung .....	182
III. Kollektivarbeitsrechtliche Grundstrukturen und Grundprinzipien .....	184
1. Deutschland .....	184
2. Polen .....	186
a) Der soziale Dialog als Pfeiler der sozialen Marktwirtschaft .....	186
b) Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Streikrecht .....	190
c) Die Arbeitnehmerpartizipation .....	195
<b>D. Zusammenfassung .....</b>	<b>200</b>
 <i>Kapitel 3</i> 	
<b>Unternehmensmitbestimmung auf nationaler Ebene</b>	207
<b>A. Rechtsgrundlagen, Ziel und Rechtfertigung der Unternehmensmitbestimmung .....</b>	<b>207</b>
I. Rechtsgrundlagen der Unternehmensmitbestimmung .....	207

1. Deutschland .....	207
a) Unternehmensmitbestimmungsgesetze .....	207
b) Tarifvertragliche und sonstige Mitbestimmungsvereinbarungen .....	208
2. Polen .....	212
a) Zwingende gesetzliche Mitbestimmungsvorgaben für die Geschäftsorgane .....	212
b) Tarifvertragliche und sonstige Mitbestimmungsvereinbarungen .....	213
c) Sozialvereinbarungen zur Privatisierung .....	217
3. Vergleich .....	220
<b>II. Ziel und Rechtfertigung der zwingenden Mitbestimmung auf Unternehmensebene .....</b>	<b>221</b>
1. Deutschland .....	221
a) Menschenwürde und Humanisierung .....	224
b) Wirtschaftsdemokratie .....	225
c) Gleichgewicht von Kapital und Arbeit .....	226
d) Kontrolle wirtschaftlicher Macht .....	227
e) Soziale Unternehmenspolitik .....	229
f) Integrationswirkung .....	229
2. Polen .....	230
a) Förderung der Wirtschaftsreform .....	231
b) Kontinuität der Arbeitnehmerselbstverwaltung .....	233
c) Integrationswirkung .....	234
d) Sozialethische Aspekte .....	235
e) Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz .....	236
f) Beschränkung der Arbeitnehmerrechte? .....	237
3. Vergleich .....	238
<b>B. Geltungsbereich der Mitbestimmungsgesetze .....</b>	<b>239</b>
I. Deutschland .....	239
1. Montanmitbestimmungsgesetze .....	239
2. MitbestG .....	240
3. DrittelbG .....	242
4. Mitbestimmungserhaltungsregeln .....	243
5. Sonderregelungen und Spezialgesetze .....	244
II. Polen .....	244
1. Kommerzialisierungsgesetz vom 30. September 1996 .....	244
a) Die Kommerzialisierung als Voraussetzung der Arbeitnehmerbeteiligung .....	246
b) Arbeitnehmerbeteiligung auch in teilweise privatisierten Unternehmen .....	247
aa) Bisherige Unterscheidung zwischen mittelbarer und unmittelbarer Privatisierung .....	247

bb) Neue Rechtslage seit 1.1.2017 .....	250
c) Zwingende Arbeitnehmerbeteiligung auch bei vollständig privatisierten Unternehmen? .....	251
d) Die kommerzialisierte Gesellschaft mit beschränkter Haftung („sp.z o. o.“) .....	259
2. Spezielle Privatisierungsgesetze .....	260
3. Die Gesetze vom 25. September 1981 über Staatsunternehmen und über die Selbstverwaltung der Belegschaft .....	262
4. Gesetz über die kommunale Wirtschaft vom 20. Dezember 1996 .....	264
5. Fehlende gesetzliche Vorgaben zur Unternehmensmitbestimmung in Unternehmen der Privatwirtschaft .....	266
III. Reichweite der Mitbestimmung .....	268
1. Deutschland .....	268
2. Polen .....	270
IV. Vergleich .....	272
<b>C. Mitbestimmung in der Aktiengesellschaft .....</b>	<b>275</b>
I. Organisationsstruktur einer Aktiengesellschaft – Überblick .....	276
II. Mitbestimmung im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft .....	278
1. Aufgaben und Funktionen des Aufsichtsrats .....	278
a) Gesetzliche Zuständigkeiten des Aufsichtsrats .....	278
aa) Überwachung der Geschäftsführung .....	280
(1) Überwachungsgegenstand und -maßstab .....	280
(2) Überwachungsmittel .....	281
(a) Berichtspflichten und Auskunftsrecht .....	281
(b) Meinungsäußerung und Beratung .....	283
(c) Einsichts- und Prüfrecht .....	284
(d) Zustimmungsvorbehalte .....	285
bb) Personalkompetenzen .....	288
cc) Vorstandsorganisation .....	294
dd) Weitere Zuständigkeiten .....	295
b) Möglichkeiten der unternehmerischen Mitbeteiligung .....	297
c) Schutzfunktion zugunsten verschiedener Interessen und Interessengruppen? .....	300
2. Zusammensetzung des mitbestimmten Aufsichtsrats .....	302
a) Größe des Aufsichtsrats .....	302
aa) Deutschland .....	302
bb) Polen .....	304
b) Zahl der Arbeitnehmervertreter .....	306
aa) Deutschland .....	306
bb) Polen .....	308

(1) Kommerzialisierungsgesetz von 1996 .....	308
(a) Erster Aufsichtsrat .....	309
(b) Alleinaktionärsstellung des Staates .....	309
(c) Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligung des Staates .....	310
(2) Spezialgesetze .....	312
(3) Erfahrungen aus der Praxis .....	314
c) Wahlverfahren .....	314
aa) Wahl der Anteilseignervertreter .....	314
bb) Wahl der Arbeitnehmervertreter .....	317
(1) Deutschland .....	317
(2) Polen .....	319
(a) Kommerzialisierungsgesetz von 1996 .....	319
(b) Spezialgesetze .....	325
(c) Erfahrungen aus der Praxis .....	325
cc) Wahl sonstiger und neutraler Aufsichtsratsmitglieder .....	326
d) Aktives und passives Wahlrecht .....	327
aa) Wahlberechtigung .....	327
bb) Wählbarer Personenkreis .....	330
(1) Arbeitnehmereigenschaft .....	330
(2) Gewerkschaftsvertreter und Gewerkschaftstätigkeit .....	333
(3) Ausschluss bestimmter Personengruppen .....	343
(4) Besondere persönliche Anforderungen .....	347
(5) Frauenquote .....	352
(6) Ergänzende Satzungsbestimmungen .....	354
e) Amtsperiode und Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern .....	356
3. Auswirkungen der Mitbestimmung auf die innere Ordnung des Aufsichtsrats .....	360
a) Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender .....	360
b) Arbeitsorganisation und Ausschüsse .....	363
c) Aufsichtsratssitzungen, Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung .....	368
4. Rechtsfolgen einer fehlenden oder fehlerhaften Wahl von Arbeitnehmervertretern .....	374
a) Nichtigkeit bzw. Anfechtbarkeit der Wahl .....	375
b) Funktionsunfähigkeit des Aufsichtsrats .....	381
c) Eintragungsfähigkeit ins Handels- bzw. Unternehmerregister .....	388
5. Rechte und Pflichten der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat .....	391
a) Allgemeine Rechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder .....	391
aa) Persönliche und weisungsfreie Amtsausübung .....	392
bb) Kontroll- und Informationsrechte .....	393
cc) Pflicht zur Wahrung des Unternehmensinteresses .....	395



dd) Sorgfaltspflichten und Haftung .....	401
(1) Sorgfalsmaßstab .....	401
(2) Allgemeine Sorgfaltspflichten .....	402
(3) Loyalitäts- und Verschwiegenheitspflicht .....	403
(4) Haftung .....	407
ee) Recht auf Vergütung und Aufwendungsersatz .....	410
b) Besondere Schutzvorschriften zugunsten der Arbeitnehmervertreter ..	416
aa) Behinderungs- und Benachteiligungsverbot .....	417
bb) Freistellung und Entgeltfortzahlung .....	418
cc) Kündigungsschutz .....	419
6. Funktion, Rolle und Bedeutung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichts-	
rat .....	420
a) Informationsvermittlung .....	423
aa) Informationsvermittlung an den Aufsichtsrat („nach oben“) .....	423
bb) Informationsvermittlung an die Belegschaft („nach unten“) .....	426
b) Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess im Aufsichtsrat .....	427
c) Einfluss auf unternehmenspolitische Entscheidungen? .....	429
d) Besondere Bedeutung während der Privatisierungsprozesse .....	433
III. Mitbestimmung im Vorstand einer Aktiengesellschaft .....	434
1. Bestellung und Abberufung des Arbeitsdirektors/Arbeitnehmervertreters	435
2. Funktion und Bedeutung des Arbeitsdirektors/Arbeitnehmervertreters ..	442
<b>D. Sonderformen unternehmerischer Mitbestimmung in Polen .....</b>	<b>446</b>
I. Die Arbeitnehmerbeteiligung in sog. „Arbeitnehmergesellschaften“ („ <i>spółki</i>	
<i>pracownicze</i> “) .....	447
II. Die Arbeitnehmerbeteiligung in polnischen Staatsunternehmen als Relikt	
aus dem Sozialismus .....	453
1. Das Staatsunternehmen als Rechtsform <i>sui generis</i> .....	454
2. Das Modell der Arbeitnehmerselbstverwaltung nach den Gesetzen von	
1981 .....	456
a) Organisationsverfassung des Staatsunternehmens .....	456
aa) Der Direktor .....	456
bb) Der Belegschaftsrat .....	457
cc) Die Arbeitnehmer- bzw. Delegiertenversammlung .....	459
b) Kompetenzen der Selbstverwaltungsorgane .....	459
c) Vergleich mit der Arbeitnehmerbeteiligung in Kapitalgesellschaften ..	463
3. Arbeitnehmerbeteiligung bei Fremdverwaltung des Staatsunternehmens ..	465
III. Mitbestimmung in kommunalen Gesellschaften .....	466
<b>E. Zusammenfassung .....</b>	<b>467</b>

*Kapitel 4***Unternehmensmitbestimmung auf europäischer Ebene** 472

<b>A. Die Bedeutung europäischer Entwicklungen für das deutsche und polnische Arbeits- und Gesellschaftsrecht</b> .....	472
<b>B. Unternehmensmitbestimmung in supranationalen Gesellschaftsformen</b> ...	474
I. Die Europäische Aktiengesellschaft (SE) .....	474
1. Regelungskonzept der SE-RL zur Arbeitnehmerbeteiligung .....	476
a) Zielsetzung der SE-RL .....	476
b) Vorrang der Vereinbarung .....	476
c) Subsidiäre Auffangregelung .....	478
2. Umsetzung der europäischen Vorgaben in Deutschland und Polen .....	479
a) Gegenstand, Zielsetzung und räumlicher Geltungsbereich .....	481
b) Bildung des besonderen Verhandlungsgremiums .....	482
aa) Einleitung des Einberufungsverfahrens und Information .....	482
bb) Sitzverteilung auf Mitgliedstaaten und Gesellschaften .....	484
cc) Persönliche Voraussetzungen der Mitglieder .....	486
dd) Wahlverfahren .....	489
(1) Zuständigkeit, Wahlgremium und Urwahl .....	489
(2) Quorums- und Mehrheitserfordernisse .....	493
c) Arbeitnehmerbeteiligung kraft Vereinbarung .....	494
aa) Verhandlungsverfahren .....	494
bb) Inhalt der Vereinbarung .....	499
d) Arbeitnehmerbeteiligung kraft Gesetzes .....	503
aa) Geltung der Auffangregelung .....	504
bb) Zusammensetzung und Befugnisse des Vertretungsorgans .....	505
(1) Wahlverfahren und Mitgliedschaft .....	506
(2) Innere Ordnung .....	508
(3) Zuständigkeiten des Vertretungsorgans .....	509
(4) Sachverständige, Kosten und Fortbildung .....	511
cc) Regeln für die Mitbestimmung in den Gesellschaftsorganen .....	513
(1) Verteilung der Sitze auf die Mitgliedstaaten .....	514
(2) Ermittlung der inländischen Arbeitnehmervertreter .....	515
(3) Persönliche Voraussetzungen der Mitglieder .....	518
e) Geheimhaltungspflicht und Tendenzschutz .....	519
f) Schutzvorschriften zugunsten der Arbeitnehmervertreter .....	521
g) Missbrauchsverbot, Straf- und Bußgeldvorschriften .....	524
3. Praktische Bedeutung und Akzeptanz der SE in Deutschland und Polen	526
II. Die Europäische Genossenschaft („ <i>spółdzielnia europejska</i> “) .....	530
1. Regelungskonzept der SCE-RL zur Arbeitnehmerbeteiligung .....	531

2. Umsetzung ins nationale Recht .....	531
<b>C. Grenzüberschreitende Verschmelzungen .....</b>	<b>533</b>
I. Die Richtlinie 2005/56 über grenzüberschreitende Verschmelzungen .....	533
II. Umsetzung der Richtlinie in Deutschland und Polen .....	534
<b>D. Zusammenfassung .....</b>	<b>541</b>

### *Kapitel 5*

<b>Unternehmensmitbestimmung im System der kollektiven Arbeitsbeziehungen</b>	543
<b>A. Verhältnis zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung .....</b>	<b>544</b>
I. Funktion, Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften .....	544
1. Gesetzliche Rahmenbedingungen und Kompetenzen der Gewerkschaften	545
a) Gewerkschaftsbegriff und -merkmale .....	546
b) Gründung, Organisationsstruktur und Repräsentativität .....	549
aa) Gründung und Binnenorganisation .....	549
bb) Aufbau des Gewerkschaftssystems .....	550
cc) Repräsentativität .....	555
c) Kompetenzen der Gewerkschaften .....	558
aa) Einfluss auf die Arbeits- und Sozialpolitik .....	560
bb) Tarifvertragsverhandlungen und -abschlüsse .....	561
cc) Streikrecht .....	565
dd) Zuständigkeiten auf Betriebsebene .....	565
ee) Sonstige Befugnisse und Einflussmöglichkeiten .....	572
d) Rechte und Schutz von Gewerkschaftsmitgliedern .....	574
2. Bedeutung der Gewerkschaften .....	576
a) Deutschland .....	576
b) Polen .....	577
aa) Rolle der Gewerkschaften während der Transformationsprozesse	577
bb) Gegenwärtige Bedeutung der Gewerkschaften .....	581
II. Gewerkschaften und die Unternehmensmitbestimmung .....	588
1. Abgrenzungen und Überschneidungen .....	588
a) Überschneidungen in sachlicher Hinsicht .....	588
b) Personelle Verflechtungen .....	590
2. Konkurrenz oder Einfluss? .....	592
a) Die Gewerkschaften – <i>friend or foe</i> der Unternehmensmitbestimmung? .....	592
b) Einfluss der Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Unternehmensmitbestimmung .....	600

<b>B. Verhältnis zur nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmerbeteiligung auf Betriebsebene</b> .....	606
I. Gesetzliche Rahmenbedingungen .....	607
1. Die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland .....	607
2. Die Arbeitnehmerräte in Polen .....	608
a) Geltungsbereich .....	609
b) Zusammensetzung und Wahlverfahren .....	612
c) Kompetenzen des Arbeitnehmerrates .....	615
d) Kosten, Verschwiegenheit und sonstige Rechte bzw. Pflichten .....	618
e) Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmerrat und Arbeitgeber .....	619
3. Betriebliche Ad-hoc-Repräsentationen .....	619
4. Arbeitnehmervertretung bei Arbeitssicherheit und -hygiene .....	621
5. Europäische Betriebsräte .....	622
II. Bedeutung der nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretung .....	623
III. Verhältnis zwischen der Arbeitnehmerbeteiligung auf Organebene und nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen .....	629
1. Deutschland .....	629
2. Polen .....	632
<b>C. Verhältnis zu sonstigen Formen der Arbeitnehmerbeteiligung</b> .....	635
I. Arbeitnehmerbeteiligung am Kapital („ <i>partycypacja kapitałowa</i> “) .....	635
II. Rat des sozialen Dialogs .....	639
<b>D. Zusammenfassung</b> .....	641

### *Kapitel 6*

<b>Unternehmensmitbestimmung und Corporate Governance</b>	643
<b>A. Grundzüge des Corporate-Governance-Systems</b> .....	644
I. Begriff, Zweck und Charakteristika .....	644
II. Corporate-Governance-Regelwerke als Steuerungs- und Kontrollinstrument	651
<b>B. Unternehmensmitbestimmung im Corporate-Governance-System</b> .....	659
I. Stellung der Arbeitnehmerinteressen und der Arbeitnehmervertreter in den Corporate-Governance-Regelwerken .....	661
1. Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen bei der Definition des Unternehmensinteresses .....	661
2. Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder .....	664
a) Empfehlung der Europäischen Kommission 2005 .....	664
b) Unabhängigkeit im DCGK .....	665
c) Unabhängigkeit in polnischen Corporate-Governance-Regelwerken .	670
II. Beeinträchtigung der Aufsichtsrats Tätigkeit .....	677
1. Verzögerte Entscheidungsprozesse und mangelnde Handlungsfähigkeit .	678
2. Aufsichtsrat als Forum der Interessenvertretung .....	679

3. Mangelnde Professionalität und Fachkompetenz .....	687
4. Eingeschränkte Information und Marginalisierung des Aufsichtsrats durch den Vorstand .....	689
<b>C. Zusammenfassung .....</b>	<b>690</b>

### *Kapitel 7*

<b>Zukunft der Unternehmensmitbestimmung?</b>	692
<b>A. Reformansätze, Tendenzen und Diskussionen in Deutschland .....</b>	<b>693</b>
I. Kritik am deutschen Mitbestimmungssystem .....	695
II. Reformvorschläge .....	700
1. Abschaffung der Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat .....	700
2. Vereinbarungslösung .....	702
3. Mäßigung des gesetzlichen Modells .....	705
4. Ausweitung der Mitbestimmung .....	706
III. Ausblick .....	709
<b>B. Perspektiven der Arbeitnehmerpartizipation in Polen .....</b>	<b>710</b>
I. Einstellung zur Arbeitnehmerpartizipation im Allgemeinen .....	710
II. Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat – eine nur vorübergehende Lösung? .....	717
1. Tendenzen in Rechtswissenschaft und Praxis .....	718
a) Generelle Zurückhaltung gegenüber der Unternehmensmitbestimmung .....	720
b) Arbeitnehmerräte als vorzugswürdiges Mittel der Arbeitnehmerpartizipation .....	725
c) Andere Formen der Interessenvertretung .....	728
2. Gesetzesinitiativen .....	732
a) Gesetzesprojekt 2006/2007 über ein Kollektivarbeitsgesetzbuch und die weitgehende Einführung von Unternehmensmitbestimmung in allen Aktiengesellschaften .....	732
b) Reformvorhaben 2010/2011 zur Abschaffung der gesetzlichen Vorgaben zur Unternehmensmitbestimmung in kommerzialisierten Unternehmen .....	735
c) Gesetzesänderung zum 1. Januar 2017 .....	740
d) Vorschläge der Kommission zur Kodifizierung des Arbeitsrechts vom 14. März 2018 .....	741

### *Kapitel 8*

<b>Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse</b>	749
<b>A. Bedeutung des historischen und ideologischen Hintergrunds für die Unternehmensmitbestimmung .....</b>	<b>749</b>

<b>B. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Unternehmensmitbestimmung in der Aktiengesellschaft</b> .....	756
<b>C. Unternehmensmitbestimmung in supranationalen Rechtsformen</b> .....	763
<b>D. Unternehmensmitbestimmung im Kontext des kollektivarbeitsrechtlichen Systems</b> .....	764
<b>E. Unternehmensmitbestimmung im Lichte der Corporate-Governance-Debatte</b> .....	766
<b>F. Aktuelle Tendenzen und Reformvorschläge</b> .....	767

*Kapitel 9*

<i>Quo vadis, Unternehmensmitbestimmung?</i> .....	769
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	778
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	797

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Auffassung
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft, Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
ArbGB	Arbeitsgesetzbuch („ <i>kodeks pracy</i> “)
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel (Singular)
Artt.	Artikel (Plural)
ARUG II	Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) vom 12. Dezember 2019
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Der Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesvereinigung der Deutschen Industrie
BeckOK ArbR	Beck'scher Online-Kommentar Arbeitsrecht
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BRG	Betriebsrätegesetz
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-soziale Union
d.	der/die/das/des
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex

DCGK 2017	Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 7. Februar 2017
DCGK 2020	Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 16. Dezember 2019
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe/n
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat
Dz.U.	Dziennik Ustaw (das polnische Gesetzblatt)
EBRG	Gesetz über Europäische Betriebsräte
EBRG-PL	polnisches Gesetz über Europäische Betriebsräte („ <i>ustawa o europejskich radach zakładowych</i> “)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
ErfK ArbR	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
f.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FZZ	Das Gewerkschaftsforum („ <i>Forum Związków Zawodowych</i> “)
GewG	Gewerkschaftsgesetz („ <i>ustawa o związkach zawodowych</i> “)
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GPW	Warschauer Wertpapierbörse („ <i>Giełda Papierów Wartościowych w Warszawie</i> “)
GRCh	Grundrechtecharta der Europäischen Union
GroßKommAktG	Großkommentar zum Aktiengesetz
HGB	Handelsgesetzbuch



HGG	Gesetzbuch über die Handelsgesellschaften („ <i>kodeks spółek handlowych</i> “)
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
IG	Industriegewerkschaft
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
ILO	International Labour Organization
InfKonsG	Gesetz über die Information und Konsultation der Arbeitnehmer („ <i>ustawa o informowaniu pracowników i przeprowadzaniu z nimi konsultacji</i> “)
insb.	insbesondere
INSPRO	Institut für Bürgerangelegenheiten („ <i>Instytut Spraw Obywatelskich</i> “)
IPiSS	Institut für Arbeit und Soziales („ <i>Instytut Pracy i Spraw Socjalnych</i> “)
i. S. d.	im Sinne der/des
i. V. m.	in Verbindung mit
KG	Kommanditgesellschaft/Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KollArbGB	Kollektives Arbeitsgesetzbuch
KollStrG	Gesetz zur Lösung von Kollektivstreitigkeiten („ <i>ustawa o rozwiązywaniu sporów zbiorowych</i> “)
KölnKommAktG	Kölner Kommentar zum Aktiengesetz
KOM	Mitteilung der Kommission
KommerzG	Gesetz über die Kommerzialisierung und einige Arbeitnehmerrechte („ <i>ustawa o komercjalizacji i niektórych uprawnieniach pracowników</i> “)
KommerzG-PKP	Gesetz über die Kommerzialisierung und Restrukturierung des Staatsunternehmens „ <i>Polnische Staatsbahnen</i> “ („ <i>PKP</i> “) („ <i>ustawa o komercjalizacji i restrukturyzacji przedsiębiorstwa państwowego „Polskie Koleje Państwowe</i> ““)
KommerzG-Post	Gesetz über die Kommerzialisierung des Staatsunternehmens der öffentlichen Daseinsvorsorge „ <i>Polnische Post</i> “ („ <i>ustawa o komercjalizacji państwowego przedsiębiorstwa użyteczności publicznej „Poczta Polska</i> ““).
KommWirtG	Gesetz über die kommunale Wirtschaft („ <i>ustawa o gospodarce komunalnej</i> “)
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
lit.	litera
MgVG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung

MgV-PL	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in durch grenzüberschreitende Verschmelzung entstandenen Gesellschaften („ <i>ustawa o uczestnictwie pracowników w spółce powstałej w wyniku transgranicznego połączenia się spółek</i> “)
MitbestBeiG	Mitbestimmungsbeibehaltungsgesetz
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer
MontanMitbestErgG	Montan-Mitbestimmungsergänzungsgesetz
MontanMitbestG	Montan-Mitbestimmungsgesetz
MoP	Monitor Prawniczy (Zeitschrift)
MoPr	Monitor Prawa Pracy (Zeitschrift)
M. P.	Monitor Polski
m. sp. Änd.	mit späteren Änderungen
MünchAnwaltsHdb. ArbR	Münchener Anwaltshandbuch Arbeitsrecht
MünchHdb. ArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
MünchHdb. GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MünchKommAktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
NSZZ „Solidarność“	Unabhängiger Selbstverwalteter Gewerkschaftsbund „Solidarność“ („ <i>Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność</i> ““)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-Beilage	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, Beilage
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OPZZ	Gesamtpolnische Gewerkschaftsallianz („ <i>Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych</i> “)
PiP	Państwo i Prawo (Zeitschrift)
PIS	Recht und Gerechtigkeit („ <i>Prawo i Sprawiedliwość</i> “)
PiZS	Praca i Zabezpieczenie Społeczne (Zeitschrift)
PKP	Polnische Staatsbahnen („ <i>Polskie Koleje Państwowe</i> “)
Pkt.	Punkt
Pos.	Position
PPH	Przegląd Prawa Handlowego (Zeitschrift)
PrivG 1990	Gesetz über die Privatisierung von Staatsunternehmen vom 13. Juli 1990 („ <i>ustawa o prywatyzacji przedsiębiorstw państwowych</i> “)
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei („ <i>Polska Zjednoczona Partia Robotnicza</i> “)

RatSozDialogG	Gesetz über den Rat des sozialen Dialogs und andere Institutionen des sozialen Dialogs („ <i>ustawa o Radzie Dialogu Społecznego i innych instytucjach dialogu społecznego</i> “)
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RGBL	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RPEiS	Ruch prawniczy, ekonomiczny i socjologiczny (Zeitschrift)
S.	Seite
S. A.	polnische Aktiengesellschaft („ <i>spółka akcyjna</i> “)
SCE	Societas Cooperativa Europaea (Europäische Genossenschaft)
SCEAG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) (SCE-Ausführungsgesetz)
SCEBG	Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in einer Europäischen Genossenschaft
SCEG-PL	Gesetz über die Europäische Genossenschaft („ <i>ustawa o spółdzielni europejskiej</i> “)
SCE-VO	Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE)
SchiffsRegG	Gesetz über das Polnische Schiffsregister („ <i>ustawa o Polskim Rejestrze Statków</i> “)
SE	Societas Europaea (Europäische Aktiengesellschaft)
SEAG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (SE-Ausführungsgesetz)
SEBG	Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Europäischen Gesellschaft
SelbstVerwG	Gesetz über die Selbstverwaltung der Belegschaft in Staatsunternehmen („ <i>ustawa o samorządzie załogi przedsiębiorstwa państwowego</i> “)
SEG-PL	Gesetz über die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung und die Europäische Aktiengesellschaft („ <i>ustawa o europejskim zgrupowaniu interesów gospodarczych i spółce europejskiej</i> “)
SE-RL	Richtlinie 2001/86/EG über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der SE
SE-VO	Verordnung 2157/2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft
SGG	Sozialgerichtsgesetz
sog.	sogenannte/r/s
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPH	System prawa handlowego
SPP	System prawa prywatnego

sp. z o. o.	polnische Gesellschaft mit beschränkter Haftung („ <i>spółka z ograniczoną odpowiedzialnością</i> “)
StaatsUntG	Gesetz über Staatsunternehmen („ <i>ustawa o przedsiębiorstwach państwowych</i> “)
StaatsVermVerwG	Gesetz über die Grundsätze der Verwaltung von Staatvermögen („ <i>ustawa o zasadach zarządzania mieniem państwowym</i> “)
TriparkKomG	Gesetz über die Tripartitische Kommission für soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten und über Kommissionen des sozialen Dialogs in den Woiwodschaften („ <i>ustawa o Trójstronnej Komisji do Spraw Społeczno-Gospodarczych i wojewódzkich komisjach dialogu społecznego</i> “)
TVG	Tarifvertragsgesetz
u. a.	unter anderem/und andere
u. ä.	und ähnlich
UmwG	Umwandlungsgesetz
Unterabs.	Unterabsatz
urspr. Fassung	ursprüngliche Fassung
usw.	und so weiter
Verf.	Verfasserin
Verschmelzungs-RL	Richtlinie 2005/56/EG über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkung/en
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VW	Volkswagen
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa (Zeitschrift)
WRV	Weimarer Reichverfassung
z. B.	zum Beispiel
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZPGb	Zivilprozessgesetzbuch („ <i>kodeks postępowania cywilnego</i> “)
ZZL	Zarządzanie Zasobami Ludzkimi (Zeitschrift)
ZZPPMM	Gewerkschaft der Arbeitnehmer in der Kupferindustrie („ <i>Związek zawodowy pracowników przemysłu miedziowego</i> “)



## Kapitel 1

# Einführung

## A. Leitgedanken

*„Nirgendwo ist die Palette des Rechts in Europa bunter als im Bereich der Arbeitnehmermitwirkung an unternehmerischen Entscheidungen. Jedes Mitgliedsland der EU geht hier einen Sonderweg, dessen Richtung von der jeweiligen kulturellen und sozial-politischen Tradition bestimmt ist.“ (Manfred Weiss, Arbeitnehmermitwirkung in Europa, NZA 2003, S. 177 (177))*

Nicht nur wirtschaftliche Verflechtungen sind prägend für Europa, auch im Bereich des Rechts sind europäische Einflüsse heutzutage nicht mehr wegzudenken. In zahlreichen Bereichen hat es Angleichungen und Vereinheitlichungen gegeben. Kaum eine andere Frage hat jedoch für so viele Kontroversen gesorgt wie die der Arbeitnehmerbeteiligung in Unternehmen. Eine Vereinheitlichung in dem Bereich schien lange Zeit unmöglich und konnte auch nur bedingt erreicht werden. Die Ursache für jene Kontroversen ist unzweifelhaft in den Traditionen und gewachsenen Strukturen der Mitgliedstaaten zu sehen. Arbeitnehmerbeteiligung ist nicht nur ein hoch politisches Thema, sie ist vor allem das Ergebnis eines Machtkampfes zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, beeinflusst von historischen Entwicklungen und abhängig von der Durchsetzungsstärke ihrer Befürworter. Es wundert also nicht, dass – wie Manfred Weiss<sup>1</sup> es trefflich beschreibt –, jeder Mitgliedstaat der EU hier einen „Sonderweg“ geht. Umgekehrt lässt sich die Arbeitnehmerbeteiligung in ihrer Ausprägung, Reichweite und Bedeutung nur unter Berücksichtigung der nationalen Entwicklungen und Traditionen verstehen und beurteilen.

Mit seinem Mitbestimmungsniveau hält Deutschland unbestritten die Spitzenrolle in Europa. In keinem anderen Land gibt es derart stark ausgeprägte Arbeitnehmerbeteiligungsrechte. Unzweifelhaft trägt hierzu das hohe Niveau der Unternehmensmitbestimmung und insbesondere die quasi-paritätische Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 bei, die Deutschland eine einsame Sonderstellung im europäischen und internationalen Vergleich verleiht. „Die Mitbestimmung deutscher Prägung ist ein Unikat“, stellt dementsprechend der Kommissionsbericht der BDI und BDA aus dem Jahre 2004 fest.<sup>2</sup> Derart weitgehende

---

<sup>1</sup> Weiss, Arbeitnehmermitwirkung in Europa, NZA 2003, S. 177 (177).

<sup>2</sup> BDA/BDI-Mitbestimmungsbericht, S. 1.

Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer – auf betrieblicher wie auch auf Unternehmensebene – seien in keinem anderen Land vorzufinden.<sup>3</sup> Ebenso fehle die Bereitschaft, das weitreichende System der deutschen Mitbestimmung zu übernehmen.<sup>4</sup> Nicht zuletzt der jahrzehntelang dauernde Kampf um die Ausgestaltung der Arbeitnehmerbeteiligung in der Europäischen Aktiengesellschaft („*Societas Europaea*“ – „SE“) hat gezeigt, welche unterschiedlichen Modelle und Ansichten in den einzelnen Mitgliedstaaten zu diesem Themenkomplex bestehen. Versuche deutscher Politiker und Gewerkschaften, das deutsche Mitbestimmungsmodell auf Europa auszuweiten, waren daher auch „*fruchtlos und illusorisch*“.<sup>5</sup>

Im Jahre 2016 feierte das Mitbestimmungsgesetz aus dem Jahr 1976 sein 40-jähriges Jubiläum. Doch auch innerhalb Deutschlands wurde kaum eine andere Materie derart kontrovers und kritisch diskutiert wie die der gesetzlichen Vorgaben zur Beteiligung von Arbeitnehmervertretern in den Gesellschaftsorganen einer Kapitalgesellschaft. Nachdem die Debatte um die Unternehmensmitbestimmung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1979 abgeklungen war, ist seit Beginn des neuen Jahrtausends die Kritik unter neuen Aspekten wieder aufgelebt. Im Vordergrund steht nicht mehr die Verfassungsfrage, vielmehr liegt die Kritik in den zunehmenden internationalen Verflechtungen und den europäischen Entwicklungen in Rechtsprechung und Gesetzgebung, die allesamt Deutschlands Attraktivität als Unternehmensstandort in Frage stellen, sowie der Forderung nach einer guten Corporate Governance begründet. Dabei spielt der rechtsvergleichende Blick eine beachtliche Rolle. Die deutsche Mitbestimmung sieht sich einem kritischen europäischen Vergleich ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund erscheint ein rechtsvergleichender Blick auf die Republik Polen besonders interessant. Als das größte der zu den ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion gehörende Nachbarland ist Polen heute ein wichtiger Handelspartner Deutschlands und interessanter Wirtschaftsstandort für viele Unternehmen. Durch die seit Beginn der 1990er Jahre erfolgende Annäherung an die europäische Gemeinschaft und den Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahre 2004 haben sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Polen deutlich dem westlichen Standard angeglichen. Gleichwohl findet die – bedingt durch die historischen Entwicklungen, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg – unterschiedliche kulturelle und sozialpolitische Tradition, die Manfred Weiss gerade für das System der Arbeitnehmermitwirkung in den einzelnen europäischen Staaten als richtungweisend bezeichnet<sup>6</sup>, auch heutzutage noch in vielfältiger Hinsicht ihren Niederschlag nicht nur im rechtlichen Sinne, sondern auch in der Unternehmenspraxis. Die Prägung durch das kommu-

---

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Weiss, Arbeitnehmermitwirkung in Europa, NZA 2003, S. 177 (177).

nistische System, die Herausforderungen der wirtschaftlichen Transformation und die mit dem Beitritt in die EU verbundenen Anpassungen haben die rechtlichen Strukturen in Polen – wie auch in anderen osteuropäischen Ländern – auch im Bereich der Arbeitnehmerbeteiligung maßgeblich beeinflusst und mitgestaltet.

Auch die in Polen vorzufindende Arbeitnehmervertretung auf Unternehmensebene ist maßgeblich geprägt von der historischen und sozialpolitischen Entwicklung des Landes. Eine Arbeitnehmerbeteiligung auf Ebene der Gesellschaftsorgane einer Kapitalgesellschaft, die dem deutschen System der Unternehmensmitbestimmung vergleichbar ist, ist dabei erst nach dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch in den Jahren 1989/1990 ins polnische Rechtssystem eingeführt worden. Ein rechtsvergleichender Blick auf Polen eröffnet damit nicht nur die Möglichkeit, die Beweggründe und Ziele der Einführung dieser Partizipationsform nach dem Übergang Polens zur Marktwirtschaft und politischen Demokratie zu untersuchen. Auch die Frage der regulatorischen Umsetzung in einer sich grundlegend geänderten Rechtsordnung sowie die der Arbeitnehmervertretung auf Organebene zuteil kommende Funktion und ihre Bedeutung im gesamten System der sich neu formenden kollektiven Arbeitsbeziehungen nach 1989 lässt die Thematik als besonders interessantes Untersuchungsfeld erscheinen. Gleichzeitig stellt sich vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren in Deutschland geführten Diskussion um gute Corporate Governance die Frage, wie die Arbeitnehmerbeteiligung in den Gesellschaftsorganen in Polen im Zusammenhang mit Corporate Governance gesehen und bewertet wird. Über die rein nationalen Aspekte hinaus ist angesichts der angestrebten und teilweise erfolgten Rechtsangleichung in Europa auch die Umsetzung europäischer Vorgaben im Bereich der Arbeitnehmerbeteiligung, allen voran in der Europäischen Aktiengesellschaft (SE), von besonderem Interesse. Schließlich stellt sich im Rahmen der rechtsvergleichenden Betrachtung auch die Frage nach den Perspektiven der Arbeitnehmerbeteiligung in den Gesellschaftsorganen.

Eine diese vielfältigen Aspekte aufgreifende, breit angelegte rechtsvergleichende Untersuchung der Unternehmensmitbestimmung ist bislang weder für Polen noch für andere osteuropäische Länder unternommen worden. Die wenigen Beiträge, die das Thema der Unternehmensmitbestimmung in Polen überhaupt aufgreifen, beschränken sich auf eine skizzenhafte und oberflächliche Darstellung, die sich im Wesentlichen in der zahlenmäßigen Betrachtung der von Arbeitnehmervertretern zu besetzenden Aufsichtsratssitze erschöpft.<sup>7</sup> Diese nur sehr rudimentäre und kursorische Betrachtung wird dem komplexen Thema der Unterneh-

---

<sup>7</sup> Vgl. etwa die Übersicht auf <http://www.worker-participation.eu/National-Industrial-Relations/Across-Europe/Board-level-Representation2/TABLE-Worker-board-level-participation-in-the-31-European-Economic-Area-countries>, zuletzt aufgerufen am 27. August 2020; ebenso die Darstellung auf <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Polen/Unternehmensmitbestimmung>, zuletzt aufgerufen am 27. August 2020.